

Abstimmungsverhalten - Europäisches Parlament - Plenartagung

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Hiermit möchten wir über das Abstimmungsverhalten der österreichischen EU-Abgeordneten zu ausgewählten Punkten der Tagesordnung der Plenartagung des Europäischen Parlaments, die von 21. bis 24. Oktober 2019 stattfand, informieren (siehe Anhang) sowie weitere Höhepunkte der Sitzungswoche vorstellen. Die namentlichen Abstimmungen behandelten die folgenden Themen:

- **EU-Parlament bestätigt neue EU-Kommission**
- **Endgültige Abstimmung über EU-Budget 2020**
- **Weniger billiges Hühnerfleisch aus der Ukraine – Parlament schließt Rechtslücke**
- **Parlament ruft Klimanotstand aus**
- **Gewalt gegen Frauen: EU-Länder sollen Istanbul-Konvention ratifizieren**

EU-Parlament bestätigt neue EU-Kommission

Das Parlament gab grünes Licht für die neue EU-Kommission. Vor der Abstimmung kündigte die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Rede einen umfassenden Wandel in Europa an. Dabei verwies sie abermals auf die von ihr bereits im Juli präsentierten Ziele: Ein ehrgeiziger Klimaschutz im Rahmen eines „Green Deal“, eine stärkere Rolle Europas in der Welt und ein europäischer Weg ins digitale Zeitalter angesichts der fortschreitenden Digitalisierung. Im Bereich der EU-Erweiterung sprach sich die Kommissionspräsidentin für eine europäische Perspektive für die Staaten des Westbalkans aus. Mit von der Leyen steht erstmals eine Frau an der Spitze der Europäischen Kommission und der Anteil weiblicher Kommissarinnen ist so hoch wie nie zuvor. Die neue Kommission wird ihre Arbeit am 1. Dezember aufnehmen.

Endgültige Abstimmung über EU-Budget 2020

Das Plenum verabschiedete den EU-Haushalt für 2020. Die Abgeordneten haben sich erfolgreich für mehr Klimaschutz, Forschungsförderung, Infrastrukturinvestitionen sowie eine bessere Unterstützung von Jugendlichen im Rahmen von Erasmus plus und der Jugendbeschäftigungsinitiative eingesetzt. Die Verpflichtungsermächtigungen für 2020 belaufen sich auf insgesamt 168,7 Milliarden Euro (1,5% Steigerung gegenüber 2019); die Zahlungsermächtigungen belaufen sich auf 153,6 Milliarden Euro (+3,4 % gegenüber 2019).

Weniger billiges Hühnerfleisch aus der Ukraine – Parlament schließt Rechtslücke

Das Parlament stimmte einer Änderung im Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine zu. Die Änderung wurde als notwendig erachtet, da ukrainische Geflügelkonzerne eine Rechtslücke im Abkommen ausnutzten und Unmengen an vergleichsweise billigem Hühnerfleisch zollfrei in die EU exportierten. Die Änderung im Abkommen trägt dazu bei, europäische Geflügelkonzerne künftig vor billigen Massenimporten zu schützen. Die Menge an zollfrei exportierbarem Hühnerfleisch aus der Ukraine wird dennoch von insgesamt 20.000 Tonnen auf 70.000 Tonnen erhöht.

Parlament ruft Klimanotstand aus

Im Vorfeld der UNO-Klimakonferenz (2.-3. Dezember 2019) verabschiedete das Parlament eine Resolution, mit der es den Klima- und Umweltnotstand für die EU ausruft. Die Kommission solle gewährleisten, dass alle neuen Gesetzes- und Haushaltsvorschläge mit dem Ziel übereinstimmen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Auch die weltweiten Emissionen aus Schifffahrt und Luftfahrt müssten dringend verringert werden. Die Abgeordneten forderten die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dazu auf, in den von ihr angekündigten „Green Deal“ für Europa eine Vorgabe von 55% CO₂-Emissionsreduzierung bis 2030 aufzunehmen. Die EU müsse Klimaneutralität so bald wie möglich, spätestens aber bis 2050 erreichen.

Gewalt gegen Frauen: EU-Länder sollen Istanbul-Konvention ratifizieren

Laut Erhebungen der EU-Grundrechteagentur hat jede dritte Frau in Europa mindestens einmal im Leben körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren. Vor diesem Hintergrund und anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen (25. November) fordert das Parlament den Rat der EU sowie sieben säumige EU-Mitgliedstaaten dazu auf, die sogenannte „Istanbul-Konvention“ unverzüglich zu ratifizieren. Sie wurde 2011 vom Europarat als erstes internationales Rechtsinstrument zur Verhinderung geschlechtsspezifischer Gewalt verabschiedet. Darüber hinaus solle Gewalt gegen Frauen in den Katalog der von der EU anerkannten Straftaten aufgenommen werden.

Weitere Themen der Sitzungswoche

Zum **30-jährigen Bestehen der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes** hat das Parlament eine EntschlieÙung verabschiedet, in der die Abgeordneten **alle Formen von Gewalt gegen Kinder – einschließlich Zwangsheirat, weiblicher Genitalverstümmelung, Menschenhandel und psychologischer Gewalt – verurteilen**. Darüber hinaus wird ein besserer Schutz von Kindern in Kriegsgebieten sowie von minderjährigen MigrantInnen gefordert. Um das Problem der Staatenlosigkeit zu bekämpfen, sollte jedes Neugeborene von einem Staat anerkannt werden.

Die **nächste Plenarsitzung** findet **von 16. bis 19. Dezember 2019 in StraÙburg** statt.

Quelle: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, <https://oegfe.at/>

Mit gewerkschaftlichen GrüÙen

Thomas Kattnig
Mitglied Bundespräsidium
Bereichsleitung Internationales, EU und Daseinsvorsorge
Mitglied Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss - EWSA

ÖGB
younion _ Die Daseinsgewerkschaft
1090 Wien, Maria-Theresien-StraÙe 11/ 4. Stock, Zi. 4.03
Tel.: +431 31316 83690
Fax: +431 31316 83890
mailto: thomas.kattnig@younion.at
URL: <http://www.younion.at>

ÖGB-ZV-Nr.: 576439352
DVR-Nr.: 0046655
ATU: 16273100
DUNS: 300270183



Wir vertreten 150.000 Mitglieder in mehr als 200 verschiedenen Berufen. Sie arbeiten in Städten, Gemeinden, den Bereichen Kunst, Medien und Sport oder als atypisch Beschäftigte.